



Geschäftsstelle der Synode

Drucksache Nr.

III / 4

7. Tagung der 10. Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
in Bremen
2. bis 5. November 2008

Referat

zum

Schwerpunktthema

"Klimawandel – Wasserwandel - Lebenswandel"

Dr. Angelika Zahrnt

Guten Morgen, liebe Frau Rinke, liebes Präsidium, lieber Bischof Huber, liebe Synodale, liebe Gäste, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich, heute bei Ihnen in Bremen zu sein und den Einführungsvortrag zu Ihrem Schwerpunktthema halten zu können. Klimawandel – Wasserwandel – Lebenswandel, ist das heute das richtige Thema, wo alle nur über die Finanzkrise und die daraus wahrscheinlich folgende Wirtschaftskrise sprechen? Drückt nicht die Finanzkrise alle anderen Probleme an den Rand? Können wir uns Klimaschutz noch leisten, wenn er das ohnehin gefährdete Wachstum weiter gefährdet? Die notleidenden Banken brauchen jetzt die Milliarden zur Stützung und nicht die notleidenden Menschen im Süden.

Aber der Klimawandel legt wegen der Finanzkrise keine Pause ein, und Hunger und Armut bedrohen weiter die physische Existenz von Millionen von Menschen. Derzeit besteht die Gefahr, dass die drängendsten Probleme – die Stabilisierung des Finanzsystems – die wichtigsten Probleme, die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Beseitigung von Armut, verdrängen.

Aber bei aller gegenwärtigen Hektik und Notwendigkeit schnellen Handelns ist auch der ruhige und analytische Blick nötig. Dabei zeigen sich Ursachen, die den verschiedenen Krisen gemeinsam sind.

1. Die Krise auf dem Finanzmarkt hat wie keine andere Krise gezeigt, dass Überkonsum auf Pump keine Grundlage des Wirtschaftens sein kann. Wer immer schneller immer mehr Kredite überzieht, wer immer schneller mehr Ressourcen verbraucht, als er wiederherstellen kann, steuert ins Desaster – auf dem Finanzmarkt wie bei der Erderwärmung. Den amerikanischen Hauseigentümern sind die Kredite und damit die finanzielle Verschuldung aufgeredet worden. Die Werbung für den ressourcenintensiven Konsum bei uns ist die Aufforderung, unser ökologisches Konto immer weiter zu überziehen.

2. Die Finanzkrise hat gezeigt – das wusste man vorher eigentlich auch schon –, dass Märkte national wie global Regeln brauchen. Die nationale wie globale Ausbeutung der Natur, der Ressourcen und der Menschen kann nur durch Regeln und gemeinsame Übereinkünfte gestoppt werden. Die Ideologie des Neoliberalismus und der Privatisierung, die den Staat möglichst weit zurückdrängen wollte, hat Schiffbruch erlitten.

3. Der Werteverfall betrifft nicht nur die Börse und die Aktienkurse. Das Wertesystem in der Gesellschaft insgesamt ist auf der schiefen Bahn. Heute werden ja gern die Gier der Bankmanager, der Kasinokapitalismus, das maßlose Streben nach Renditen von 25 % und die Ausrichtung auf den kurzfristigen Erfolg angeprangert. Die moralische Empörung der Politiker mutet manchmal etwas merkwürdig an. Denn es waren überwiegend die gleichen Politiker, die durch die Abschaffung von Regeln dem ungezügelten Egoismus Raum schafften, die den Staat selbst als ineffizient diffamiert haben und wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge Privaten zur kurzfristigen Renditemaximierung überlassen haben wie z. B. die Privatisierung der Wasserversorgung. Es waren Politiker, die die Cleverness, die Ellbogen und die Rücksichtslosigkeit der smarten Banker und Industriellen insgeheim bewundert haben und selbst gerne und schnell nach ihrer Politikerkarriere in diese vermeintlich höhere Klasse aufgestiegen sind.

Aber es ist zu billig, nur auf Bankmanager zu schimpfen. Es ist doch charakteristisch für das heutige Konsumverhalten, dass ein so blöder Slogan wie „Geiz ist geil“ ein gesellschaftlich akzeptables Motto ist und dass das „Schnäppchen“ Eingang in unseren Wortschatz gefunden hat – das Schnäppchen, das z. B. in einem T-Shirt zu 5 Euro bestehen kann, das durch die Austrocknung des Aralsees wegen des Baumwollanbaus und die miserablen Arbeitsbedingungen der Näherinnen in Mittelamerika finanziert wird. Dies zu den Gemeinsamkeiten in den Krisen.

Oft wird gesagt, dass wir ein Marktversagen haben. Dabei muss zur Ehrenrettung des Marktes gesagt werden: Der Markt ist ein geeignetes System zum effizienten Einsatz von Mitteln. Aber der Markt setzt sich selbst keine Regeln und keine gesellschaftlichen Ziele. Jetzt wird festgestellt, wir hätten ein Marktversagen im Finanzsystem, und im Stern-Report wird dargelegt, dass der Klimawandel das größte Marktversagen sei. In Klammern bemerkt: Dieses Marktversagen beim Klimawandel und bei dem Verlust von Biodiversität wird nicht durch noch so große Milliardenpakete von Euro und Dollar rückgängig gemacht werden können.

Aber es ist eigentlich kein Marktversagen, sondern es ist ein Politikversagen. Die Politik hat versagt, dem Markt Regeln und Ziele zu geben. Heute mitten in der Finanzkrise müssen wir aufpassen, dass die Finanzkrise zum einen nicht alle anderen Themen an den Rand drängt und dass gleichzeitig bei den aktuellen Krisenbewältigungs- und Konjunkturprogrammen die Chance genutzt wird, die Aufgaben Klimaschutz, Umweltschutz und soziale Anliegen gleichermaßen zu verbinden. Vor allem aber kommt es darauf an, dass es mit den Reparaturmaßnahmen auf dem Finanzmarkt nicht getan ist und dann zu business-as-usual zurückgekehrt wird.

Denn eine Epoche geht zu Ende, die Epoche der billigen fossilen Energie, deren Nutzung den Klimawandel zur Folge hat. Es geht zu Ende die Epoche der Vorherrschaft der westlichen Industrienationen, die sich herausgenommen haben, Energie und Rohstoffe völlig unproportional in Anspruch zu nehmen. Zum Beispiel verursacht ein Bürger in den USA 20 Tonnen CO₂-Ausstoß, ein Bürger in Westeuropa 10 Tonnen, in China sind es 4 Tonnen und in Afrika ist es eine Tonne.

Die Entwicklung der Schwellenländer und der ärmeren Länder ist ein Ziel, das wir immer verfolgt haben, auch mit den evangelischen Entwicklungswerken. Die wirtschaftliche Entwicklung ist für diese Länder wichtig. Nur stellen wir jetzt fest, dass diese wirtschaftliche Entwicklung in einem historischen Moment stattfindet, wo die Begrenztheit der Ressourcen, von Energie und Wasser bis Kupfer und Kobalt, deutlich wird. Aus dem Zusammentreffen dieser nachholenden Entwicklung, die auf das gleiche Wohlstandsniveau kommen möchte, wie wir es praktiziert haben, und dem Erkennen, dass die Ressourcen begrenzt sind, entstehen Konflikte. Es entstehen machtpolitische Konflikte im Weltmaßstab – man sieht das zum Beispiel bei den Klimaverhandlungen, wo China, durchaus nachvollziehbar, sagt: Warum sollen wir jetzt unsere CO₂-Emissionen schon reduzieren, wo wir doch pro Kopf weit unter dem Niveau liegen, das in Industrieländern praktiziert wird? Wir haben historisch keinerlei Schuld an den derzeit hohen CO₂-Emissionen. Auf der anderen Seite sagen Länder wie die Malediven: Dieser Klimawandel muss gestoppt werden, denn für den Untergang der Küstenstreifen oder ganzer Inseln ist es unerheblich, ob das CO₂ aus den USA, aus China oder aus irgendeinem anderen Land kommt. Von daher besteht die Notwendigkeit, zu einer globalen Übereinkunft zu kommen und dabei gleichzeitig Fairness zu berücksichtigen. Es besteht in dieser Situation, wo es ein Aufholen der Schwellenländer gibt und die Knappheit der Ressourcen deutlich wird, die Gefahr, dass machtpolitische Konflikte zur Sicherung der Ressourcen und der Transportwege in kriegerische Konflikte münden.

Das war die machtpolitische Seite auf der Weltebene. Aber es gibt auch sehr viel Konfliktpotenzial auf lokaler Ebene. Pfarrer Altmann hat als Beispiel die Land- und Wasserknappheit im Nahen Osten genannt. Der Klimawandel wird Land unfruchtbarer machen, er führt zu einer weiteren Wasserknappheit, und dadurch werden lokale Wanderungen hervorgerufen, die zusammen mit auch sonst vorhandenen Konflikten zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen können. Einer dieser ersten Klimakriege findet derzeit in Darfur statt.

Harald Welzer hat in seinem Buch „Klimakriege“ diese den lokalen und weltweiten Frieden bedrohende Dynamik der Folgen des Klimawandels und des Wasserwandels aufgezeigt. Er ist skeptisch, ob sich der Klimawandel aufhalten lässt. Er geht davon aus, dass der Klimawandel einen Zusammenbruch der Zivilisation zur Folge hat. Er skizziert mit einem leichten Hoffnungsschimmer auch eine optimistische Variante, an die er aber selber nicht so recht

glaubt. Denn dies würde einen Zivilisationswandel bedeuten: Abschied zu nehmen vom exzessiven Ressourcenverbrauch, vom Wirtschaftswachstum und der Konsumgesellschaft in den Industrieländern.

Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ des Wuppertal-Instituts – sie ist Ihnen gestern Abend schon begegnet –, die von „Brot für die Welt“, dem Evangelischen Entwicklungsdienst und dem BUND herausgegeben wurde, hat es sich zur Aufgabe gemacht, diesen nötigen Zivilisationswandel zu begründen und zu skizzieren, die Veränderungen auf allen Ebenen von der globalen Ebene bis zum Einzelnen. „Nachhaltigkeit“ bedeutet, die miteinander verbundenen Probleme von Umwelt und Armut, von ökologischer und sozialer Gerechtigkeit gemeinsam zu lösen. Deswegen hat es auch eine innere Logik, dass eine Umweltorganisation wie der BUND mit Entwicklungsorganisationen wie „Brot für die Welt“ und eed zusammengeht.

Wir hatten eine sehr produktive Zusammenarbeit beim Entstehungsprozess der Studie, bei dem immer wieder deutlich wurde, wie wichtig es ist, beide Sichtweisen und beide Prioritäten zusammenzubringen. Von daher war das durchaus ein Spannungsfeld, das aber, wie ich finde, zu einem guten Ergebnis geführt hat. Wir sind jetzt in der nächsten Phase. Denn diese Studie soll ja die Grundlage sein für eine gesellschaftliche Debatte um ökologische und soziale Gerechtigkeit bei uns und weltweit. Und auch diese Kommunikationsphase werden wir gemeinsam produktiv angehen und gestalten.

In der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ wird dargelegt, dass wir für diesen Zivilisationswandel neue globale Übereinkünfte brauchen und gleichzeitig eine Renaissance der Regionen. Wir brauchen eine forcierte Effizienzstrategie für Energie und Rohstoffe und gleichzeitig einen achtsamen Lebensstil. Es ist nötig, dass die Politik die Priorität gegenüber der Wirtschaft zurückgewinnt. Gleichzeitig ist es wichtig zu sehen und zu berücksichtigen, dass Wirtschaft nicht nur die Geldökonomie umfasst, sondern zum Wirtschaften, zum Wohlergehen auch die Leistungen in Familie und Ehrenamt gehören. Wir brauchen neue Arbeitszeitmodelle, die stärker auf Arbeit teilen setzen, und wir brauchen wirtschaftliche und soziale Strukturen, deren Stabilität nicht vom Wirtschaftswachstum abhängig ist.

Die zentrale Aufgabe für diesen Kurswechsel ist, Grenzen zu akzeptieren und Grenzen zu setzen – das Thema Grenzen kommt ja auch in Ihrem Kundgebungsentwurf vor. Das bedeutet, Abschied zu nehmen von dem Glauben an Grenzenlosigkeit, der die westlichen Industriegesellschaften prägt in Politik, in Wirtschaft, aber auch im Denken des Einzelnen. Es ist der Glaube an die Grenzenlosigkeit der Ressourcen – denn es muss sich doch irgendwo in entlegenen Gebieten, noch tiefer in der Erde oder vielleicht auch in der Tiefsee irgendetwas finden lassen, was man mit noch viel besserer Technik nutzen kann, ob es nun das Öl ist oder auch die Tiefseefische. Es ist der Glaube an die grenzenlosen Fähigkeiten der Erde, unsere Abfälle aufzunehmen und unschädlich zu machen – die Kapazität der Atmosphäre, der Meere, der Böden. Zumindest soll die Erde, wenn sie es schon nicht schafft, diese Dinge unschädlich zu machen, uns doch bitte sichere Endlagerstätten schaffen für den Atommüll oder auch für das Lagern von CO₂. Der Glaube an die grenzenlose Mobilität für alle, an die unersättlichen menschlichen Bedürfnisse, besser Konsumbedürfnisse. Es ist der Glaube an ein grenzenloses Wachstum in einer begrenzten Welt.

Der Glaube an die Grenzenlosigkeit ist heute nicht mehr ganz ungebrochen. Die Zeit der kollektiven Verdrängung der Grenzen ist vorbei. Spätestens im letzten Jahr sind durch die Berichte des internationalen Klimarates IPCC die Grenzen der Belastbarkeit der Atmosphäre allgemeine Erkenntnis geworden. Aber diese Erkenntnis steht auf dem einen Blatt, das praktische und politische Handeln steht auf einem anderen Blatt. Wir leben in einer Zeit der kollektiven Schizophrenie, wo Erkenntnis und Handeln nicht zusammenpassen. Ein Beispiel: Bundeskanzlerin Merkel setzt sich auf internationalen Klimakonferenzen engagiert für den Klimaschutz ein. Genauso engagiert streitet sie auf europäischer Ebene gegen den Klimaschutz, wenn es um neue Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß von Autos geht. Die niedrigen

Grenzwerte berühren ja die Interessen der deutschen Autobauer, die auf große, schwere Sprit fressende Autos gesetzt haben. Der Druck der Autolobby, der Druck der wirtschaftlichen Interessen hat dann wieder einmal die Oberhand gewonnen über die Bekenntnisse zum Klimaschutz.

Am vorletzten Wochenende bei der Verleihung des Deutschen Umweltpreises der Deutschen Bundesstiftung Umwelt hat Bundespräsident Köhler in seiner Rede Bezug genommen auf die neue Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“.

Er hat neben technischen Effizienzsteigerungen auch einen neuen Lebensstil angemahnt: „Es geht nicht um immer mehr materiellen Gewinn oder immer mehr materielles Wirtschaftswachstum“. Aber in der praktischen Wirtschaftspolitik geht es genau darum, um immer mehr materielles Wirtschaftswachstum. Und hier ist auch der Konflikt, der in Ihrem Kundgebungsentwurf angelegt, aber nicht angesprochen ist.

Ein bescheidener Lebensstil mit mehr Zeitwohlstand statt Güterreichtum könnte bedeuten – ja würde wahrscheinlich bedeuten – weniger Konsum und voraussichtlich weniger Arbeitsplätze. Es ist absehbar, dass wir jetzt wieder, wenn die Vorweihnachtszeit kommt, von Politikern das Kaufen als Bürgerpflicht angepriesen bekommen. Es ist absehbar, dass sich dann in vielen Haushalten wieder mehr ungelesene Bücher stapeln, ungehörte CDs und ungespielte Spiele – um vielleicht bei der Geschenkpalette in einem synodalen Kreis zu bleiben. Es ist wahrscheinlich eine schwierige Situation, in einer Krisenzeit das Wirtschaftswachstum zu kritisieren, wo doch alle Bemühungen darauf gerichtet sind, die Finanzkrise möglichst schnell zu überwinden und dann möglichst schnell wieder auf den Wachstumspfad zurückzukommen. Es ist sicher schwierig, jetzt eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu fordern, die stabil auch ohne Wachstum ist. Aber es gibt gute Gründe, die Fixierung auf das Wirtschaftswachstum aufzugeben und einige möchte ich kurz nennen:

Erstens. Wachstumsraten sind irreführend, da sie sich in wachsenden Volkswirtschaften auf eine immer größere Grundmenge beziehen. 2 % Wachstum des heutigen Bruttonettoprodukts sind sehr viel mehr als 2 % Wachstum im Jahr 1960, wo das Bruttonettoprodukt insgesamt sehr viel geringer war.

Zweitens. Wachstum und Wohlbefinden entwickeln sich nicht parallel. Ab einem bestimmten materiellen Wohlstandsniveau bringt weiteres materielles Wachstum nicht mehr Zufriedenheit. Das ist zwar eine Binsenweisheit, lässt sich aber jetzt empirisch an vielen Untersuchungen feststellen.

Drittens hat sich gezeigt, dass Wachstum die Probleme der Arbeitslosigkeit nicht lösen kann, denn bei allem Stolz darauf, dass jetzt die Arbeitslosenzahlen leicht unter drei Millionen gesunken sind, sind drei Millionen Arbeitslose weiterhin ein Skandal und wir sind weiterhin weit entfernt von Vollbeschäftigung. Und um Vollbeschäftigung zu erreichen, bräuchten wir illusorische Wachstumsraten von etwa 5 %.

Ein vierter Punkt: Auch technischer Fortschritt mit seinen Effizienzgewinnen ist allein keine Lösung. Die Hoffnung, der Endlichkeit von Energie und Ressourcen zu entgehen, indem Technologien so effizient werden, zum Beispiel um den Faktor 4 oder Faktor 10, dass weiteres Wirtschaftswachstum mit einem insgesamt verringerten absoluten Ressourcenverbrauch möglich sein wird, hat sich schon jetzt als trügerisch herausgestellt. Denn man kann etwas feststellen, was wissenschaftlich Rebound-Effekt genannt wird, dass das Setzen auf diese technischen Veränderungen allein nicht das menschliche Verhalten einbezieht und dass es Rückkoppelungsmechanismen gibt, die diesen technischen Fortschritt mit seinen Effizienzgewinnen wieder zunichte machen.

Ich möchte das etwas plastischer darstellen: Wenn ein Autobauer einen neuen Sprit sparenden Motor hat, dann belässt er es nicht dabei, sondern er sagt, da ist noch ein bisschen Re-

serve übrig, standardmäßig die Klimaanlage einzubauen und außerdem ist es recht praktisch, wenn man einen automatischen Abstandhalter für das Rückwärtseinparken hat, der mit seiner Elektronik auch wieder Energie braucht. Oder wenn das Auto zwar insgesamt Sprit sparer ist und man sich ein solches Auto kauft, dann ist die Versuchung da, mit diesem Auto, weil es jetzt weniger Benzin braucht und ich ja weniger Geld dafür ausgeben muss, mehr und längere Fahrten zu machen. Oder ich sage, falls mir das Autofahren keinen großen Spaß macht, ich habe ein bisschen Geld übrig, wie wäre es mit einem Wochenendflug nach London zur Kultur oder zum Shoppen? Das heißt, neben Effizienz sind auch Änderungen im Lebensstil nötig, wenn wir Ressourcenverbrauch begrenzen und reduzieren wollen und müssen.

Für die Politik ist Lebensstil ein Tabuthema. Politik sagt, das ist Privatsphäre, da darf sich Politik nicht einmischen. Dabei bestimmen Spritpreise oder das Angebot im öffentlichen Verkehr sehr wohl meinen persönlichen Lebensstil. Und außerdem, das hatte ich schon angedeutet, ist ein bescheidener Lebensstil eben deswegen uninteressant oder gar gefährlich, weil er ja wachstumsschädlich sein könnte. Deshalb wird von der Politik allein auf die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft gesetzt, da die sich besser in das Wachstumscredo einfügt.

Diese Kritik am Wirtschaftswachstum ist nicht neu; denken Sie nur an das Buch vom Club of Rome „Grenzen des Wachstums“ 1972. Aber diese Kritik ist eine Außenseiterkritik geblieben. Gesellschaftspolitik und Wissenschaft haben sich weitgehend dem Glauben an Wirtschaftswachstum verschrieben. Deshalb gibt es auch kaum Forschungen in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, wie eine Wirtschaft und Gesellschaft ohne Wachstum funktionieren könnte. Dabei ist es historisch nicht so, dass wir in den vergangenen Jahrhunderten immer ein Wirtschaftswachstum gehabt haben. Es ist eine eher neuere Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg, dass es mit leichten Wellen im Konjunkturverlauf mehr oder weniger zumindest in unseren westlichen Gesellschaften materiell bergauf gegangen ist.

Erkennbar aber ist, auch ohne dass es sehr viel Forschung darüber gäbe, dass sich bei einem geringeren oder keinem Wachstum oder einem Schrumpfungsprozess die Verteilungsfrage neu stellen würde, die Verteilung von Arbeitsplätzen, Einkommen und Vermögen. Denn dann kann Politik nicht mehr auf weiteres Wachstum als Hoffnungsträger verweisen. Es wird ja immer gesagt, das Wachstum werde die Arbeitsplatzfrage lösen; das Wachstum, das den Kuchen insgesamt größer macht, bringe damit auch jedem einzelnen von uns ein größeres Stück an diesem Kuchen. Die Frage der nationalen Verteilungsgerechtigkeit in Zeiten des Weniger ist auch deshalb entscheidend, weil nur Menschen, die den Eindruck haben, dass es in ihrer eigenen Gesellschaft, in ihrem eigenen Land fair zugeht, bereit sein werden, einen eigenen Beitrag zur globalen Fairness zu leisten.

Ich komme zum Ausgangspunkt zurück und damit zum Schluss. Ich denke, es ist die richtige Zeit für eine Kundgebung der EKD zum Thema Klimawandel, Wasserwandel, Lebenswandel. Alle Klimaforscher weisen in einer für Wissenschaftler ganz ungewöhnlichen Leidenschaft und Vehemenz darauf hin, ja sie beschwören die Politiker geradezu: Das Zeitfenster für einen Kurswechsel, für eine dramatische CO²-Reduzierung beträgt gerade einmal 10 bis 15 Jahre. Werden die Weichen jetzt nicht richtig gestellt, ist die Grenze von 2 Grad Erderwärmung, was als einigermaßen tolerabel angesehen wird, nicht zu halten.

Vor diesem dramatischen Hintergrund lese ich den Kundgebungsentwurf und die 10 Schritte. Ich möchte Ihnen gerne meine Gedanken und meine Wünsche für die Diskussionen am heutigen Tag mitgeben. Denn für mich ist diese Veranstaltung, diese Rede nicht ein beliebiger Vortrag, sondern ich setze Hoffnungen in Sie als Synodale. Ich setze Hoffnungen in Christinnen und Christen und in die Kirche als Akteur im Zivilisationswandel und im praktischen Handeln.

Zum Kundgebungsentwurf: Ich finde es positiv, das Thema Lebensstile so prominent aufzugreifen, das Individuum anzusprechen und eigene Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Das ist auch wichtig gegen Resignation und Fatalismus. Der Text zeigt eindringlich die Dramatik der Situation, aber die Konsequenzen für Christinnen und Christen finde ich manchmal merkwürdig matt und zurückhaltend formuliert. Da wird von „aufmerksam machen“, „darauf hinweisen“, „kritisch beobachten“ gesprochen.

Ich wünschte mir hier eine klarere und mutigere, stärker zum Handeln auffordernde Sprache und nicht nur so ein Stück weit die Beobachtung.

Zweitens. Neben dem eigenen Lebenswandel als praktisches Tun sollte meines Erachtens auch stärker zum politischen und gesellschaftlichen Engagement des Einzelnen ermutigt und aufgefordert werden. Solche Punkte sind in dem Entwurf enthalten, aber ich glaube, das sollte noch mehr Gewicht bekommen. Auch hier gibt es in der Praxis viel Positives, von der Erlassjahrkampagne bis zur Klima-Allianz.

Drittens – das ist für mich der wichtigste Punkt –. Was mir im Kundgebungsentwurf fast völlig fehlt und auch in den zehn Schritten nicht genügt, ist der Blick auf die Institution Kirche. In dem mitgeschickten Lesebuch zum Schwerpunktthema wird ein Absatz aus dem Buch Harald Welzers zitiert. Dort heißt es: „Individualistische Strategien gegen den Klimawandel haben vor allem sedative Funktion.“ Ich gehe davon aus, dass diese Beschwichtigung keine bewusste Strategie der Vorbereitungsgruppe gewesen ist. Aber Kirche und Christen bleiben weit hinter ihren Möglichkeiten zurück, wenn sie sich nur oder hauptsächlich auf das Individuum konzentrieren. Deswegen möchte ich Ihnen meine Erwartungen an die Kirche, an die Kirchen mitgeben.

Erstens. Ein Lebensstilwandel ist nicht nur ein individueller Wandel. Er zielt auf einen gesellschaftlichen Wertewandel in einer auf materielle Bedürfnisse ausgerichteten Konsumgesellschaft. Hier braucht es in der gesellschaftlichen Debatte auch die Stimme der Kirchen.

Zweitens. Kirchen können dem Individuum die individuellen Umstellungsprozesse erleichtern, wenn sie Raum für gemeinschaftliche Lernprozesse geben, auch im Gespräch über eigene Erfahrungen, Erfolge und Versagen.

Drittens und vor allem wünsche ich mir, dass die Institutionen der Kirche konsequent „aus Dankbarkeit vor Gottes guter Schöpfung handeln“, wie es als Überschrift zu den zehn Schritten steht.

Ich weiß, dass sich in den vergangenen Jahren viel getan hat, dass viele engagierte Christinnen und Christen viele Projekte auf den Weg gebracht haben, von den Solaranlagen auf den Kirchendächern bis zum umweltfreundlichen Kirchentag, bis zur CO₂-freien Synode, vom Dritte-Welt-Laden nach dem Gottesdienst bis zum neuen Projekt „Zukunft einkaufen“ in verschiedenen Kirchen von Testregionen.

Aber ich war vor zehn Tagen beim Kongress „Zehn Jahre kirchliches Umweltmanagement“ in Karlsruhe. 500 Kirchengemeinden und kirchliche Institutionen haben in diesen zehn Jahren ein Umweltmanagement eingeführt. Sie haben das EMAS Zertifikat oder den Grünen Gockel erhalten. Das ist eine Leistung, zu der ich gratuliert habe, weil ich weiß, wie mühsam es ist, Baureferenten zu gewinnen, und wie zäh es ist, Finanzreferenten zu überzeugen. Auch der Oberkirchenrat hat zu der, wie er sagte, „kirchengeschichtlich rasanten Entwicklung“ gratuliert. Kirchengeschichtlich gesehen mag er Recht haben, klimapolitisch gesehen ist dieses Tempo völlig ungenügend; denn es gibt 15000 evangelische Kirchen. Bei einer schlichten Hochrechnung würde es 300 Jahre dauern, bis alle Kirchengemeinden ein Umweltmanagement eingeführt haben.

Mein Punkt ist deshalb: Es ist nicht mehr die Zeit für Pilotprojekte und Anregungen zu einzelnen Schritten. Es ist Zeit für eine umfassende und konsequente Umsetzung: für ein flächendeckendes Energiemanagement, für die flächendeckende Einführung von Umweltmanagementsystemen, für ein glaubwürdiges Wirtschaften in allen Kirchen und allen Einrichtungen – vom Papier bis zum Kaffee, vom Strombezug bis zur Automobilflotte, bis zur kirchlichen Geldanlage. Es ist Zeit für ein neues Projekt „Zukunftsfähige Kirchen in einer globalisierten Welt“, eine Vision, verbunden mit einer Nachhaltigkeitsstrategie, mit quantifizierten Zielen, mit einer Überprüfung der Zielerreichung.

In der Einleitung des Kundgebungsentwurfs heißt es: „Mit der Kundgebung soll der Blick für dringend notwendige Schritte geöffnet werden.“ Für mich bedeutet dies: individuellen Wandel und institutionellen Wandel, Lebenswandel und Kirchenwandel.